



Beschluss der 32.Landesmitgliederversammlung(LMV) in Würzburg vom 19.- 21.April 2013

Verfassungsschutz – Schluss mit dem geheimen Dienst!

Der bayerische Verfassungsschutz ist ein Relikt aus längst vergangenen Tagen und dient in seiner aktuellen Form nicht dazu, die Verfassung wirklich zu schützen. Im Gegenteil: Die Arbeitsmethoden der sogenannten Verfassungsschützer*innen sind äußerst fragwürdig. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Auflösung des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz und statt dessen die Neuerrichtung einer Institution, die mithilfe öffentlichen Materials Informationen bereitstellt, wissenschaftlich aufbereitet und regelmäßig über aktuelle Entwicklungen berichtet. Ebenso setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern für die Auflösung des Bundesamts für Verfassungsschutz, sowie der Landesämter für Verfassungsschutz in den anderen Bundesländern ein.

Die vom Verfassungsschutz angewandten Überwachungsmethoden sind äußerst fragwürdig und greifen zudem massiv in Persönlichkeitsrechte ein. Während von der Polizei durchgeführte Maßnahmen von Richter*innen nach einem konkreten Tatverdacht angeordnet werden müssen und die Abgehörten später von der Maßnahme erfahren müssen, finden die Abhörmaßnahmen des Verfassungsschutzes in einem für Betroffene nicht nachvollziehbaren Verfahren statt.

Auf diese Art und Weise wird bei politisch aktiven Menschen starkes Misstrauen gesät – vor allem auch, da es in der Regel nicht einmal im Nachhinein möglich ist, herauszufinden, ob und welche Daten der Verfassungsschutz über eine*n sammelt. Diesen Schäden, die durch Überwachungsmaßnahmen verursacht werden, steht jedoch auch kein relevanter Nutzen gegenüber. So hatte der Verfassungsschutz zwar beispielsweise viele Informationen über den NSU, hat diese aber jedoch in keinerlei Hinsicht nutzen können.

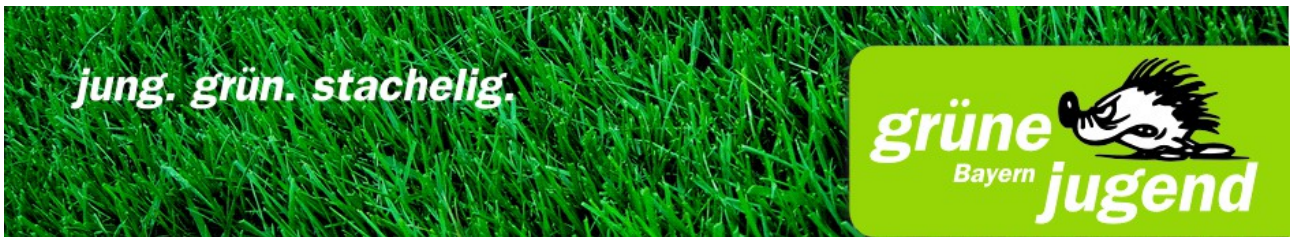
Wer glaubt, verlässliche und vollständige Informationen zu gewinnen, indem er*sie Menschen aus der Szene für Informationen bezahlt, so wie es beim Verfassungsschutz mit den sogenannten V-Leuten praktiziert wird, irrt. Das zeigen auch erste Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum NSU, zahlreiche V-Leute waren tief verstrickt in die Machenschaften der Rechtsterroristen und trotzdem tappten die Landesämter im Dunkeln.

Nach der Aufdeckung der neonazistischen Verbrechen wurden massenhaft Akten und Daten durch den Verfassungsschutz vernichtet, um die Verstrickung der Sicherheitsbehörden in die rassistischen Verbrechen zu vertuschen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine schonungslose und transparente Aufklärung der Rolle des Verfassungsschutzes bei der rassistischen Mordserie des NSU.

Die Arbeit der Verfassungsschützer*innen weist gerade in der jüngsten Vergangenheit nicht gerade eine Erfolgsgeschichte auf. Während die Rechtsterroristen des NSU ungestört ihr Unwesen treiben konnten, beschäftigten sich die sogenannten Verfassungsschützer*innen beispielsweise damit, wie sie der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) das Handwerk legen könnten. Eine solche Vorgehensweise, die reine Informations- und Dokumentationsarbeit überwacht, jedoch nichts gegen politisch motivierte Gewalttaten unternimmt kann die Institution des Verfassungsschutzes nicht länger aufrecht erhalten.

Beschluss der 32. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Würzburg (April 2013)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



Vor allem ist das Vorgehen gegen sogenannten “Linksextremismus” symptomatisch für das Vorgehen des Verfassungsschutzes. Obwohl 183 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 kein einziges Todesopfer “linksextremer” Gewalt gegenüber steht, konzentriert sich der Verfassungsschutz auf die Überwachung und Kriminalisierung linker Gruppen, anstatt das Problem rechter Mordserien anzugehen.

Ein Geheimdienst, der auf diese Art und Weise arbeitet ist für uns nicht hinnehmbar und nicht reformierbar – er gehört abgeschafft.